

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 30. Sitzung

am Mittwoch, dem 9. März 2011, 10 Uhr
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Karsten Jasper (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Olaf Schulze (SPD)	i. V. von Regina Poersch
Marion Sellier (SPD)	
Anita Klahn (FDP)	i. V. von Oliver Kumbartzky
Christopher Vogt (FDP)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Dr. Andreas Tietze
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Präsentation des BluehouseGreenhouse-Konzepts durch Frau Prof. Dr. Karen Wiltshire, Vize-Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung und Direktorin der Biologischen Anstalt Helgoland, und Bürgermeister Jörg Singer - Eine nachhaltige Zukunft für die Insel Helgoland	4
2. Lärmschutz im Schienenverkehr	9
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1274	
3. Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1250	
4. Ausbau des Breitbandnetzes	11
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1242	
5. Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein	12
Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 17/671	
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/1043	
6. Verschiedenes	13
- Verfahren zur Einsetzung eines Verkehrspolitischen Beirats bei der LVS (Umdruck 17/1958)	

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Präsentation des BluehouseGreenhouse-Konzepts durch Frau Prof. Dr. Karen Wiltshire, Vize-Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung und Direktorin der Biologischen Anstalt Helgoland, und Bürgermeister Jörg Singer - Eine nachhaltige Zukunft für die Insel Helgoland

hierzu: Umdrucke 17/1341, 17/2011 und 17/2012

Frau Dr. Wiltshire - für das AWI und die BAH - und der Helgoländer Bgm. Singer informieren die Ausschussmitglieder auf der Grundlage der Umdrucke 17/1341, 17/2011 und 17/2012 über das Vorhaben BluehouseGreenhouse auf der Insel Helgoland. In dem geplanten Bluehouse sollten die relevanten Themen und Fragen zum Lebensraum Nordsee in engem Bezug zu den Forschungsgegenständen der BAH einen Ort finden, der für Besucher attraktiv sei und emotionales Lernen und Erleben ermögliche. Durch die Einbindung der Besucherinnen und Besucher in die Forschung, das Mitwirken in Experimenten, könnten diese zum „Forscher“ werden und mit den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAH in einen Dialog eintreten. Nach den Vorstellungen der Konzeptplaner werde dieser Ansatz zu einer engen Bindung der Besucherinnen und Besucher an den Standort Helgoland führen, womit für Helgoland neue Impulse für die wirtschaftliche, touristische und bildungspolitische Weiterentwicklung der Insel Helgoland gesetzt würden.

Das Greenhouse-Konzept stehe für eine höchstmögliche Energieeffizienz des Institutsgebäudes, das im Wesentlichen aus den 50er-Jahren stamme und sich weitgehend in einem denkmalgeschützten, aber stark sanierungsbedürftigen Originalzustand befinde. Angesichts des Energieverbrauchs und der daraus resultierenden CO₂-Emissionen sollten hier die Ziele Energieeffizienz (CO₂-neutraler Gebäudebetrieb) und Denkmalschutz in Einklang gebracht werden.

Bgm. Singer beschreibt vor allem die touristischen Impulse für den Nordseetourismus auf Helgoland sowie die wirtschaftlichen und die bildungsbasierten Impulse für die einzige Hochseeinsel Deutschlands. Diese Impulse würden helfen, die Insel für Kurzzeitbesucher attraktiv zu machen sowie potenzielle Arbeitsplätze auf der Insel zu schaffen. Erklärtes Ziel aller an

dem Konzept Beteiligten sei es, Helgoland als attraktiven Wohn-, Arbeits- und Ferienort zu stärken und so die Zukunft der Insel langfristig zu sichern.

In der folgenden Aussprache regt zunächst Abg. Arp an, in Form einer Resolution die Einmaligkeit des Projekts und seine bundesweite Bedeutung vorzutragen. Er könne sich die Erarbeitung einer solchen Resolution gemeinsam mit Hamburg und Niedersachsen vorstellen. Des Weiteren verweist er auch an dieser Stelle auf die zu erwartenden positiven Entwicklungen vor dem Hintergrund des Ausbaus der Offshore-Branche, die sicherlich auch dazu beitragen werde, damit im Zusammenhang stehende Forschungsfragen durch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der BAH einer Antwort zuzuführen. - Abg. Harms spricht sich dafür aus, an einer solchen Initiative auch das Land Bremen zu beteiligen.

Abg. Matthiessen greift den Wunsch der Projektinitiatoren auf, dass Greenhouse auch mit Bundesmitteln aus dem Klimaschutzprogramm direkt zu unterstützen.

Frau Dr. Wiltshire erklärt an dieser Stelle zunächst, dass das AWI bereits im Vorfeld der Konzipierung das Thema Bundesförderung aus dem Klimaschutzprogramm angesprochen habe, sie bisher jedoch hierauf keine Antwort bekommen habe. - Der Vorsitzende, Abg. Schröder, hält hier eine direkte Kontaktaufnahme mit den Bundestagsfraktionen zur Unterstützung des Förderungsbegehrens für zielführend.

Abg. Harms fragt nach einem Businessplan für das Projekt, der dann auch Auskunft darüber geben könne, welche Förderanteile vom Bund verlangt werden könnten, und danach, wie groß der wissenschaftliche Teil und der touristische Teil an dem Gesamtprojekt seien.

Herr Frenz von Pro Publico erklärt aus seiner beratenden Funktion bezüglich der Wirtschaftlichkeit des Projekts, dass eine Machbarkeitsstudie untersucht habe, wie die Wirkung des Bluehouse-Konzepts für die Insel und insbesondere für die schleswig-holsteinische Westküste ausfallen würde. Dabei nähmen die touristischen Gesichtspunkte einen großen Raum ein. Es habe sich aber auch gezeigt, dass das Bluehouse-Konzept nicht als Solitär zu betreiben sei, weil dazu doch deutliche Zuwächse bei den Besucherinnen und Besuchern erforderlich seien, damit sich ein solches Projekt selbst tragen könne. Entscheidend sei, dass das Bluehouse in seiner Wirkung ein Alleinstellungsmerkmal haben werde. Gegebenenfalls gesehene Schwachpunkte könnten im Wesentlichen dadurch quasi kompensiert werden, dass das Bluehouse dazu beitragen werde, die Zahl der Übernachtungen auf der Insel zu steigern und auch einen wesentlichen Beitrag zur Saisonverlängerung zu leisten.

Man gehe davon aus - so fährt Herr Frenz fort -, dass das Konzept in Kooperation mit dem AWI realisiert werden könne und dass man hier durchaus eine Vergleichbarkeit mit dem Erlebniszentrum in List auf Sylt sehen könne, das mittlerweile auf wirtschaftlich guter Basis stehe. Der Betrieb dieses Erlebniszentrums arbeite inzwischen mit einer schwarzen Null und habe nachhaltig zur Entwicklung der Tourismusfunktion Sylts beigetragen. Insofern gehe auch die Machbarkeitsstudie von einer ähnlichen Wirkung durch das Bluehouse aus.

Zur Frage von Abg. Thoroë, ob die Flächenerweiterung auf der Insel Helgoland eine Voraussetzung für die Realisierung des BluehouseGreenhouse-Konzepts sei, erklärt Bgm. Singer, dass die Frage der „Inselerweiterung“ nichts mit dem hier vorgestellten Konzept zu tun habe. Das Bluehouse werde die Attraktivität der Insel steigern und einen wesentlichen Beitrag zur Erweiterung des Tourismusangebots auf der Insel leisten.

Nach Hinweisen durch Frau Dr. Wiltshire zu dem modellhaften Bildungskonzept des Bluehouse fragt Abg. Harms konkret nach Finanzierungsmöglichkeiten des Projekts seitens des Bundes und/oder des Landes.

St'in Dr. Andresen verweist in ihrer Antwort zunächst auf die engen Gesprächsbeziehungen der Landesregierung mit den Konzeptplanern und betont, dass das Projekt auch unter den Parametern des Wissenstransfers außerordentlich begrüßt werde. Zu konkreten Baukosten verweist sie auch auf die im Umdruck 17/2011 genannten Zahlen sowie darauf, dass das Land die Machbarkeitsstudie mit öffentlichen Mitteln finanziert habe. Landesmittel im Übrigen könnten derzeit nicht zur Verfügung gestellt werden, worüber man sich schon mit den Konzeptplanern ausgetauscht habe. Aber selbstredend habe das Land Verpflichtungen im Rahmen der Investitionspläne für die Forschungseinrichtungen des Landes. Aber dies sei nun einmal bei dem, was hier geplant werde, der geringere Anteil. Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne könne natürlich nicht aus Forschungsmitteln finanziert werden. Die Landesregierung habe aber bereits ihre Hilfestellung bei der Unterstützung von Förderanträgen in Richtung Berlin kommuniziert. Dies gelte auch bezüglich der Frage, ob aus dem Klimaschutzprogramm des Bundes Mittelanteile für das Projekt zur Verfügung gestellt werden könnten. Die aus der Mitte des Ausschusses in diesem Zusammenhang ins Gespräch gebrachte Resolution von Schleswig-Holstein gemeinsam mit anderen Bundesländern bewertet sie als sehr hilfreich.

Abg. Harms fragt nach Projektanteilen, die gegebenenfalls aus anderen Förderprogrammen finanziert werden könnten. - RL Becker geht bei seinen Ausführungen davon aus, dass es sich bei dem Projekt um eine öffentliche Einrichtung handle. Wenn von einer Trägerschaft der Gemeinde Helgoland auszugehen wäre, müsste überlegt werden, ob einzelne Projektelemente förderungswürdig wären. Das Aquarium solle mit einem öffentlichen Forschungsteil verbun-

den werden, der zum Beispiel den Touristen die Möglichkeit geben solle, sich „wissenschaftlich“ zu betätigen. Nach den bestehenden Förderrichtlinien sei die Förderung von Aquarien ausdrücklich ausgeschlossen. Grund hierfür sei, dass diese überwiegend privat betrieben würden. Hinsichtlich der Frage des Eigentums sei es so, dass die Gemeinde nicht Eigentümerin der Liegenschaft sei, sodass hier eigentümerähnliche Verhältnisse geschaffen werden müssten. Würde die Gemeinde Helgoland in das Projekt „einsteigen“, betrüge die Kofinanzierungsquote der Gemeinde 50 %. Zudem müsse die Gemeinde die Seite der Betriebskosten kalkulieren.

Abg. Lehnert führt das „Klimaschutzmodellprojekt mit Leitbild CO₂-Neutralität“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in die Debatte ein. Für dieses Programm könnten noch bis zum 31. März 2011 neue Anträge an das Forschungszentrum Jülich gestellt werden, das von der Bundesregierung mit der Umsetzung der Nationalen Klimaschutzinitiative beauftragt worden sei. Er will seinen Hinweis auf dieses Datum als Aufforderung verstehen, in dieser Angelegenheit zumindest einen Antrag zu stellen. Denn es wäre doch sehr misslich, wenn ein Fristversäumnis eine Förderung ausschliesse.

Bgm. Singer unterstreicht, dass man sich sicherlich die Investitions- und Betriebskosten noch einmal genau anschauen müsste. Klar sei aber, dass man mit der Projektrealisierung bei einer 50-prozentigen Kofinanzierung durch die Gemeinde sicherlich nicht weiterkomme, weil dann realistischereits ein absoluter Finanzierungsbetrag zwischen 5 und 6 Millionen € auf die Gemeinde entfielen. Ein solcher kommunaler Finanzierungsanteil sei nicht darstellbar.

Abg. Lehnert gibt sodann eine Prüfung zu überlegen, ob das Projekt nicht in Unterprojekte aufgeteilt werden könnte, Sparten ausgegründet werden könnten, um so weitergehende Fördermöglichkeiten nutzen zu können.

Frau Dr. Wiltshire greift diesen Gedanken von Abg. Lehnert auf und erklärt, dass es tatsächlich so sei, dass man dann, wenn man als Betreibergesellschaft eine GmbH wählte, vonseiten des AWI Forschungsgelder zur Verfügung stünden. Zurzeit könne das Objekt ohne öffentliche Unterstützung nicht weiter als touristische Einrichtung betrieben werden. Dabei sei die öffentliche Seite die Gemeinde, die auch mit Blick auf Fördergelder antragsberechtigt sei. Zusätzlich habe man einen Verein gegründet, um auf diesem Weg andere Förderquellen zu erschließen. Auch werde untersucht, ob es aus dem Bereich der Industrie - zum Beispiel sei hier an die Offshore-Branche zu denken - Großforschungsaufträge geben könnte.

Mit Blick auf das Erlebniszentrum in List auf Sylt und auf das Multimar Wattforum in Tönning, die auch mit öffentlichen Mitteln gefördert worden seien, vereinbarten sich die Aus-

schussmitglieder dahin, dass die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen in nächster Zeit versuchen werden, in Abstimmung mit der Landesregierung und mit Frau Dr. Wiltshire einen gemeinsam getragenen Resolutionstext zu erarbeiten, der dann nach einer weiteren Beratung im Wirtschaftsausschuss vom Landtag verabschiedet werden könnte.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Lärmschutz im Schienenverkehr

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/1274

(überwiesen am 24. Februar 2011)

Auf Antrag von Abg. Magnussen vereinbaren die Ausschussmitglieder die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu dem Antrag Drucksache 17/1274. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen werden gebeten, die Adressaten innerhalb der nächsten zehn Tage zu benennen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1250

(überwiesen am 25. Februar 2011 zur abschließenden Beratung)

St'in Dr. Andresen verweist einleitend darauf, dass ihr Haus die energiepolitischen sowie die umweltpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen für den 18. März 2011 zu einem Gespräch mit den Netzbetreibern eingeladen habe, um auch im Nachgang zum Bericht der Landesregierung Handlungsoptionen und die Dringlichkeit des Netzausbaus für den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien darzustellen.

Mit der Bitte an St'in Dr. Andresen, ebenfalls die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu diesem Gespräch einzuladen, wird die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes auf die Sitzung des Ausschusses am 4. Mai d. J. vertagt.

Abg. Lehnert spricht sodann die Trassenplanung im Bereich Quickborn an, von der ihm berichtet worden sei, dass die Firma Tennet dort auf in Holland geltende andere Grenzwerte und den Einsatz eines neuen Mastentyps hingewiesen habe. Man sei aber nicht sicher, ob die technischen Voraussetzungen in Holland und in Deutschland vergleichbar seien. Er möchte wissen, ob es gesetzlich möglich sei, solche Masten auch in Deutschland zu errichten. - AL Dr. Sauer erklärt, aus seiner Sicht komme es dabei nur auf die Einhaltung des Grenzwertes an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ausbau des Breitbandnetzes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1242

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Ohne weitere vertiefte Aussprache beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig - vorbehaltlich der Voten der beteiligten Ausschüsse Umwelt und Agrar sowie Innen und Recht -, dem Plenum des Landtags vorzuschlagen, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1242, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 17/671

Antwort der Landesregierung
Drucksache 17/1043

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Ausschussmitglieder kommen überein, vor einer inhaltlichen Beratung der Antwort der Landesregierung die vom federführenden Sozialausschuss geplante Anhörung abzuwarten beziehungsweise sich an dieser Anhörung fakultativ zu beteiligen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Als zusätzliche Sitzungstermine legen die Ausschussmitglieder den 26. Mai und den 17. November d. J. - jeweils 13:15 Uhr während der Mittagspause des Plenums - für die turnusmäßigen Gespräche mit der DB-Konzernbevollmächtigten für Hamburg und Schleswig-Holstein fest.

Als Mitglieder des Verkehrspolitischen Beirats bei der LVS benennt der Ausschuss den Vorsitzenden, Abg. Schröder, und den stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Arp. Darüber hinaus werden die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen gebeten, ihre Fraktionsvertreterinnen und -vertreter in dem Beirat so schnell wie möglich namentlich zu benennen.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer